

Der Euro in der Krise – Gefahr für die Demokratie

Marc Friedrich und Matthias Weik malen ein düsteres Bild von Gegenwart und Zukunft der EU

FULDA

Euro-Dämmerung in der Orangerie: Bei ihrem ersten Auftritt in Fulda vermochten die beiden Bestseller-Autoren Marc Friedrich und Matthias Weik ihr Publikum fast eineinhalb Stunden lang zu fesseln. Das Thema „Zerbricht die EU und der Euro?“ bot zwar wenig Anlass zur Euphorie, doch selten wurden so schlechte Nachrichten so mitreißend präsentiert – zudem mit einer Powerpoint-Präsentation verbunden, die einmal nicht als Einschlafhilfe diente, sondern als Blaupause für eine schlaflose Nacht.

Von unserem Redaktionsmitglied
MANFRED SCHERMER

Dass es bei diesem von unserer Zeitung veranstalteten Vortragsabend zur Sache gehen würde, dass kaum frohe Botschaften zu verkünden sein würden, hatte bereits der Verleger unserer Zeitung, Michael Schmitt, in seiner Begrüßung angekündigt – und vereinzelt Kritikern der Veranstaltung gegenüber klargestellt, dass nicht der Überbringer schlechter Nachrichten für die Lage verantwortlich zu machen sei. Wie enorm auf der anderen Seite das Interesse unserer Leserinnen und Leser an dem Thema ist, zeigte Schmitt mit der Zahl der Anmeldungen auf: Mit mehr als 1300 Rückmeldungen wurde selbst die Kapazität des Stadtsaals mit rund 750 Sitzplätzen bei Weitem gesprengt. „Für unsere politischen Veranstaltungen ist das ein Rekordwert“, unterstrich Schmitt.

Wer es in den Saal geschafft hatte, erlebte zwei Referenten,



Riesiges Interesse: Den Saal der Orangerie hätten die beiden Referenten locker zweimal füllen können. Fotos: Ralph Leupolt

die bei allem gebotenen Ernst angesichts der dramatischen Lage gehörig aufdrehten, mit Spitzen wie Pointen nicht sparten, es vor allem aber schafften, die komplexen Vorgänge rund um die Finanz- und die Eurokrise auf ein leicht verständliches Level zu bringen. Kein Wunder, gehören doch ihre Mütter zu den ersten Lesern der mittlerweile vier Bestseller, wie die Kindergartenfreunde augenzwinkernd erzählten: „Die müssen es zuerst verstehen.“

Doch bei allem Charme, den Friedrich und Weik versprühten – in der Sache blieben die Ökonomen beinhart. Sie warfen der Politik kapitale Fehler

vor und griffen vor allem die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) auf das Schärfste an. Gut vier Billionen Euro habe diese seit Beginn der Krise ins System gepumpt: „Wo soll die Reise hingehen?“, fragte Friedrich, der völlig freisprach und mit einem Laserpointer die etlichen Charts entschlüsselte, die das ganze Ausmaß der Misere in Zahlen und Diagrammen zeigten.

1 700 000 000 000 Euro – hier projizierten sie die vielen Nullen an die Wand und ließen das Publikum mitraten, das prompt auf 1,7 Milliarden tippte – es waren jedoch 1,7 Billionen Euro, mit der die EZB bislang Anleihen von Staaten und Unternehmen aufgekauft hat, die eigentlich pleite wären. Eine Summe, mit der man mühe-los sämtliche Dax-Unternehmen kaufen könnte – oder 68 Millionen VW Golfs. „Gesunde Unternehmen werden dagegen durch die niedrigen Zinsen

bestraft“, machte Friedrich das Ungleichgewicht deutlich.

Überhaupt die Zinsen, die niedrigsten „seit 5000 Jahren“ – immer wieder kam das Duo auf das historische Unikum und die zu erwartenden katastrophalen Folgen zu spre-

„Haben wir noch Kapitalismus?“

chen: die schleichende Enteignung der Sparer, ihre fehlende Altersvorsorge, die Nachteile für solide Volksbanken und Sparkassen, die zerstörten Pensions- und Krankenkassen und das ad absurdum geführte Finanzsystem, das Sparen bestrafe, statt es zu belohnen.

Dabei machten Friedrich und Weik ihren Zuhörern wenig Hoffnung, dass es selbst in fernerer Zukunft wieder nennenswerte Zinserhöhungen geben werde: In diesem Fall

wäre Südeuropa sofort pleite, würde das magere Wirtschaftswachstum ersticken, würden die Börsen crashen.

Wie pervertiert das Finanzsystem mittlerweile ist, machten die Ökonomen am Beispiel Italiens und einer Grafik deutlich, die zeigte, dass sich das Land trotz desolater Lage immer billiger verschulden kann. Undenkbar auf dem freien Markt, etwa für einen überschuldeten Hauslehaber.

So stellte denn auch Friedrich die Gretchenfrage des Abends: Haben wir noch Kapitalismus? Natürlich nicht, ohne sich und seinen Partner vorher als überzeugte Kapitalisten darzustellen, wie beide sich auch mehrfach als Europäer und Demokraten outeten – um anderslautenden Vorwürfen von Euro-Befürwortern von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Doch Kapitalismus könne man es einfach nicht nennen,

wenn eine Notenbank wie etwa die amerikanische Fed an 85 Prozent aller Marktstage in die Aktienmärkte eingreife, um diese zu stützen. „Wenn in einem Land wie Irland alle Banken verstaatlicht sind, kann man dann noch von Kapitalismus sprechen“, fragte Friedrich. Wenn die Politik immer mehr zu Maßnahmen des Kommunismus greife, dann habe man eine Planwirtschaft – „und die hat noch nie funktioniert und wird nie funktionieren“.

Und die Demokratie? Die sehen beide in Gefahr durch das europaweite Erstarken extremer Parteien. Angesichts der verheerenden Politik sei hier das Ende noch längst nicht erreicht, auch wenn in Frankreich Emmanuel Macron gewonnen habe. „Vergessen Sie bei aller Erleichterung nicht: 40 Prozent der Franzosen haben rechts- oder linksextrem gewählt“, warnte Friedrich.

Und noch eine andere Gefahr treibt die beiden um: die ungeheure Schuldenlast der Länder. Noch nicht einmal Deutschland schaffe es in wirtschaftlich starken Jahren und mit Rekord-Steuereinnahmen, auch nur einen Euro an Schulden abzubauen. „Wie wollen wir es da von Griechenland verlangen?“

Friedrich wurde sehr ernst, als er ausführte, dass noch nie in der Geschichte Länder ihre Schulden zurückgezahlt hätten. Um Staatsschulden loszuwerden, gebe es historisch nur drei Maßnahmen: eine Inflation, deren Beginn wir gerade erleben, eine Währungsreform, bei der ebenfalls alle die Zeche bezahlen, und eine dritte, bei der viele sogar mit ihrem Leben bezahlen: Krieg.

Ihr Fazit: Die EU sei in ihrer jetzigen Form – auch weil sich einzelne Länder als Steueroasen gerierten – nicht zu retten. Und der Euro schon gar nicht, weil vor allem die schwächeren Volkswirtschaften in seinem Korsett keine Chance hätten. Vor allem ihn wollen Friedrich und Weik abschaffen: „Es muss halt kontrolliert passieren. Wenn uns der Euro um die Ohren fliegt, dann wäre das fatal.“



Auch die Lage in Deutschland beleuchtete Marc Friedrich: Wenn es uns so gut geht, warum zahlt das Land dann keine Schulden zurück – trotz Rekordergebnissen an Steuern?

„Kerneuropa wäre eine Lösung“

Finanzexperten im Gespräch mit Nachrichtenchef Loskant

FULDA

Europa am Scheideweg: Nicht nur Politiker, auch die Bürger hätten das Schicksal Europas in der Hand, machten die Wirtschaftsexperten Marc Friedrich und Matthias Weik im Anschluss an ihren Vortrag in der Frageunde mit dem Nachrichtenchef unserer Zeitung, Bernd Loskant, deutlich – und sie hatten sogar noch Finanztipp parat.

Von unserem Redaktionsmitglied
CHRISTIAN KESTE

Nach einem „eindrucksvollen und schonungslosen Vortrag“ zur Situation in Europa, wie Nachrichtenchef Loskant den Auftritt der Wirtschaftsexperten bewertete, wollte er von Friedrich und Weik wissen, ob ein Crash in Europa unmittelbar bevorstehe. „Der ist schon im Gange“, sagte Friedrich. Die vielen Rettungspakete für Banken und Länder sowie die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank seien eindeutige Anzeichen, dass „wir uns in einer Abwärtsspirale befinden“.



Angeregte Diskussion (von links): Marc Friedrich, Bernd Loskant und Matthias Weik.

Er gebe der EU in ihrer jetzigen Form höchsten noch drei bis fünf Jahre. Notwendige Reformen – vor allem in den südeuropäischen Ländern – würden nämlich nicht angegangen. „Ein Kerneuropa aus den Nordstaaten wäre eine Lösung aus der Krise“, meinte Friedrich.

„Und welche Rolle spielt hier die Politik?“, wollte Loskant wissen. Auf Politiker sei wenig Verlass, meinte das Duo, Wege aus der Krise zu finden –

schließlich hätten sie die Misere herbeigeführt. Dennoch sollten Bürger nicht resignieren und auf die Volksvertreter einwirken – denn sonst würden nur die Kräfte am rechten und linken Rand gestärkt.

Was der Einzelne angesichts der fehlenden Zinserträge in Europa zur eigenen Absicherung tun könne, fragte Loskant. „Geben Sie kein Geld aus, das Sie nicht haben, für Dinge, die Sie sich nicht leisten kön-

nen“, fasste Weik das Credo der beiden zusammen. Man solle nur in Dinge investieren, die man wirklich verstehe. „Diversifikation ist ganz entscheidend“, erläuterte Friedrich. Sein Geld solle man auf möglichst viele Standbeine verteilen. Und: „Lassen Sie ihr Geld in der Region wirken“, erklärte Friedrich. „Kaufen Sie lieber regional, als Ihr Geld multinationalen Konzernen zu geben, die kaum Steuern zahlen.“